

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kippinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdringung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. August 1932

Papen am Ende.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Die Verhandlungen zwischen dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung und Hitler sind an dem Grössenwahn dieses Scharlatans gescheitert.

Der "Handel" um die Reichsregierung wurde bereits am Sonnabend Morgen fortgesetzt. Zunächst "kuhhandelte" Hitler mit Schleicher, dann mit Papen, und von hier ging es zu Hindenburg.

An den Herren Papen und Schleicher liegt es nicht, wenn die Verhandlungen gescheitert sind. Sie waren bereit, für die Nationalsozialisten in ihrer Regierung mehrere Plätze zu räumen. Ja, sie hätten selbst Preussen in den "Kuhhandel" einbezogen, als ob es einen Preussischen Landtag schon nicht mehr gibt. Hitler oder Strasser, der Prophet der langen Messer, sollten Vizekanzler und Preussischer Ministerpräsident werden. Aber Hitler zeigte die kalte Schulter. Sein Grössenwahn kennt keine Grenzen. "Entweder die ganze Macht oder scharfer Kampf", war seine These. So musste der Kuhhandel wie das Hornberger Schiessen enden und die Politik der Nazi-Regierung Schiffbruch erleiden, dass man es nur so krachen hört.

Die Nazi-Barone traten vor kaum acht Wochen ihr Amt an, um den "aufbauwilligen Kräften" den Weg zur Macht zu ebnen. Aus diesem Grunde wurde der Reichstag aufgelöst. Das wirtschaftliche Leben erfuhr neue Erschütterungen, Handel und Verkehr stockten, weil niemand wusste, was am 31. Juli werden würde. Dennoch setzte die Papen-Regierung alles auf eine Karte. Sie behandelten die Nazi-Bewegung wie ein rohes Ei. Was sie wünschte, wurde erfüllt.

Es kam am 31. Juli. Der Nazi-Traum von einer Mehrheit ging nicht in Erfüllung. Die Regierung Papen liess erklären, dass sie ein anderes, als das inzwischen bekannt gewordene, Ergebnis der Wahlen nicht erwartet hätte und in der gegenwärtigen Form oder umgebildet vor den Reichstag treten werde. Man glaubte sich der Nationalsozialisten ziemlich sicher. Man baute auf ein Ehrenwort Hitlers. Jetzt ist auch dieser Traum aus. Die Nazi-Karte hat nicht gestochen und konnte nicht stechen. Nachdem die Schrittmacher-Arbeit der Nazi-Regierung für die Hitler-Partei getan war, piffen die "aufbauwilligen Kräfte" auf ihr Ehrenwort. Ihre Forderung an den Reichspräsidenten ihnen allein die "Macht" auszuliefern und dann "einseitig" gegen das Volk zu regieren, zeigt, dass Aufbauwille und Nationalsozialismus zwei Dinge sind, die schlechterdings nicht miteinander vereinbart werden können. Diese "aufbauwilligen Kräfte" wollen alles andere als aufbauen. Sie wollen Geschäfte machen und Rache üben! Es war ganz selbstverständlich, dass der Reichspräsident sich auf diese Sorte Politik nicht einen Augenblick eingelassen hat.

Nun muss das Kabinett der Barone splitternackt vor den Reichstag treten. Dort wird es nur mit dem winzigen Feigenblatt des Herrn Hugenberg not-

notdürftig seine Lenden verhüllen können. Nichts und niemand stehen Papen und Gayl zur Verfügung. Um das zu wissen hätten sie den Reichstag nicht aufzulösen und das Volk nicht in die Siedehitze eines Wahlkampfes zu treiben brauchen. Anfang September wird auch sie das Schicksal treffen. Eine überwältigende Reichstagsmehrheit wird bestätigen, dass das Volk mit dieser Regierung und ihrer "neuen Staatsführung" nichts zu tun haben will.

Unterdessen wird weiter gewurstelt werden. In welchem Sinne, das wissen wir seit dem ersten Amtstag dieser Regierung. Sie wird die Geschäfte der Junker und Schlotbarone, der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reaktion weiter besorgen. Den Armen wird weiter genommen und den Reichen von neuem gegeben werden. Das ist die eine Seite dieser "neuen Staatsführung"! Die andere setzt das Staatsleben in Unordnung und Verwirrung. Die Arbeiter, Sozialdemokraten und Republikaner sind zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt. Tür und Tor sind geöffnet für die Reaktionen und Feinde des Volksstaates. In den Aemtern des Staates macht sich ein bisher nie gekanntes Spitzel-, Denunzianten- und Strebertum bemerkbar, das jeden wahrhaften Staatsdiener mit Ekel erfüllt. Nazi und Deutschnational ist der Trumpf in der Verwaltung und selbst in den Gerichten.

Ehrgeizige Staatsanwälte beeilen sich in der Nazipresse plötzlich ihre wahre Natur zu enthüllen, Richter nehmen die Binde von den Augen, lassen jede bisherige Hülle fallen und sprechen ein Recht, das Gott erbarm! Nazi-Minister aus Anhalt, Mecklenburg und Oldenburg halten Brandreden gegen Sozialdemokraten und Republikaner und drohen offen mit Galgen und Mord. Im Lande herrscht blutiger Terror und keine Drohung vermag die Täter abzuschrecken.

Das ist die Bilanz nach 8 Wochen "Präsidialkabinett". Selten hat eine Regierung in so kurzer Zeit in jeder Beziehung so abgewirtschaftet wie das Papen-Kabinett!

SPD. London, 13. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der Arbeitgeberverband für die Spinnereibetriebe verlangt eine zehnprozentige Lohnsenkung. Die Arbeiter haben diese Forderung abgelehnt. Der Weberstreik im Gebiet von Lancashire droht deshalb auch auf die Spinnereien überzugreifen, falls das Lohnkomitée die Unternehmerforderung nicht zurückweisen sollte.

SPD. Der Reichspräsident hat am Sonnabend-Abend 7 Uhr 31 mit dem fahrplanmässigen Ostpreussenzuge Berlin verlassen und sich für einige Zeit wieder nach Neudeck begeben.

SPD. Der preussische Staatskommissar Bracht hat allen Polizeibehörden einen neuen Runderlass über die Bekämpfung des politischen Terrors zugehen lassen. Von sämtlichen Dienststellen in Stadt und Dorf wird eine sofortige drahtliche evtl. funkdrahtliche Meldung über jeden einzelnen Terrorakt verlangt. Die Mordkommissionen sollen in ständiger Bereitschaft gehalten werden. Gegebenenfalls sind Hilfs-Mordkommissionen zu bilden, die mit allem kriminaltechnischem Gerät ausgerüstet sein müssen. Jeder Terrorakt und Mord ist sofort zu verfolgen und zu untersuchen. Von den Polizeibehörden muss für eine ständige Telefonverbindung zwischen dem Tatort und den vorgesetzten Stellen Sorge getragen werden.

SPD. Stuttgart, 13. August (Eig. Drahtb.)

Es ist längst bekannt, dass es die wohlhabendsten Kreise des deutschen Volkes sind, die sich in der Hakenkreuzpartei ein Stelldichein geben und infolgedessen auch ihren politischen Kurs bestimmen. Aber es ist gut, wenn man die Richtigkeit dieser Behauptung einmal schlüssig und unwiderleglich beweisen kann. Das ermöglicht eine Feststellung über die Abstimmung der Kurgäste in dem württembergischen Höhenluftkurort Freudenstadt, der zu den teureren Kurplätzen im Schwarzwald gehört. Es sind dort wohl auch einige Erholungsheime mit gemeinnützigen oder konfessionellem Charakter, in denen auch minderbemittelte Volkskreise unterkommen können, aber es überwiegen bei weitem die sogenannten erstklassigen Hotels und Pensionen. In Freudenstadt hatte man nun bei der Reichstagswahl den Kurgästen, die mit Stimmscheinen abzustimmen hatten, ein besonderes Abstimmungslokal in der Schickhornstrasse zur Verfügung gestellt. deren Einzelergebnis jetzt bekannt geworden ist. Es erhielten dort:

<u>Nationalsozialisten</u>	412 = 27,8 %
<u>Zentrum</u>	326 = 21,9 %
<u>Deutschnationale</u>	322 = 21,9 %
<u>Sozialdemokraten</u>	156 = 11,1 %
<u>Staatspartei</u>	92 = 5,7 %
<u>Deutsche Volkspartei</u>	80 = 5,6 %
<u>Christlicher Volksdienst</u>	59 = 5,2 %
<u>Kommunisten</u>	18 = 1 %.

Deutlicher kann kaum mehr erwiesen werden, dass die Bezeichnung der Hakenkreuzler als einer "sozialistischen" und als einer "Arbeiter"partei der ordinärste Betrug ist, auf den allerdings leider auch zahlreiche Angehörige der sozial bedrängten Volksschichten hereingefallen sind.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird dem neuen Reichstag voraussichtlich in der nächsten Woche eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen von grosser politischer und wirtschaftlicher Bedeutung vorlegen. Abgesehen von den politischen Forderungen, wie Aufhebung der politischen Notverordnungen und Zurückziehung des Reichskommissars in Preussen, dient diese Gesetzesvorarbeit vor allem dem Zweck, durch Lösung der entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Probleme einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu weisen. Die sozialdemokratischen Anträge sind in der Hauptsache auf folgende vier Punkte gerichtet:

1. Um den rücksichtslosen Sozialabbau und die einseitigen Massensteu-
erhöhungen wieder rückgängig zu machen, verlangt die Sozialdemokratie die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni 1932. Damit sollen die Unterstützungen der Arbeitslosen, die Sozialrenten und die Versorgung der Kriegsoffer wieder auf den früheren Stand gebracht werden, während gleichzeitig die Arbeitslosen-abgabe, die nur die Arbeitnehmer und nicht die Arbeitgeber trifft, und die Salzsteuer wieder aufgehoben und die Freigrenze bei der Umsatzsteuer für die Kleinen Landwirte und die Gewerbetreibenden wieder eingeführt werden. Darüber hinaus soll die Existenz der Opfer der Wirtschaftskrise durch unentgeltliche Versorgung mit Bedarfsgegenständen und Gewährung einer zusätzlichen Winterhilfe gesichert werden.

2. Das Kernstück der sozialdemokratischen Anträge sind die Gesetzentwürfe über den Umbau der Wirtschaft. Hierzu fordert die Sozialdemokratie Sozialisierung der Schlüsselindustrien, wie des Bergbaus, der Eisenindustrie, der Grosschemie usw., sowie Verstaatlichung der Grossbanken.

Ein besonderer Gesetzentwurf verlangt die Enteignung des Grossgrundbesitzes, um den nutzlosen Subventionen an hoffnungslos verschuldete Grossagrarier ein Ende zu bereiten, die Gesundung der Landwirtschaft anzubahnen, und das freiwerdende Land für Siedlungszwecke an Landarbeiter und Kleinbauern zu

verteilen.

3. Für die Zeit des Uebergangs soll die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch planmässige Arbeitsbeschaffung und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erleichtert werden. Die Arbeitsbeschaffung soll umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung der Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillliegenden Fabriken und Werkstätten umfassen. Sie soll finanziert werden durch eine Prämienanleihe und - soweit ihr Erlös 500 Millionen nicht erreicht - durch eine Zwangsanleihe. Die Verkürzung der Arbeitszeit soll durch Einführung der 40-Stundenwoche und Beschränkung der Ueberstunden auf die dringlichsten Ausnahmefälle erfolgen.

4. Die Finanzierung des Mehrbedarfs der öffentlichen Körperschaften, der sich aus den sozialdemokratischen Anträgen ergibt, soll nach den sozialdemokratischen Vorschlägen folgendermassen durchgeführt werden: Erhebung von Notsteuern von den hohen Einkommen und Vermögen, Besteuerung des Luxusverbrauchs, Schaffung eines Staatsmonopols für die Zigaretten- und Rauchtabakindustrie, eines staatlichen Erdölmonopols, Offenlegung der Steuerlisten, Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen und Streichung der Fürstenabfindungen.

SPD. München, 13. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der Postbeamte Reisinger in Altötting, Scharführer der dortigen Hitler-SA, wurde vom Schöffengericht Traunstein zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Dauer von 3 Jahren wurde ihm die Bekleidung öffentlicher Aemter aberkannt. Ausserdem ordnete das Gericht seine sofortige Verhaftung an.

Reisinger ist jener Postbeamte, der das Staatstelegramm des bayerischen Innenministers an das Bezirksamt Altötting, in dem am 13. April ds. Js. die sofortige Auflösung und das Verbot der Hitler-Armee angeordnet war, 10 Stunden unbestellt liegen liess, davon aber umgehend die Insassen des SA-Heimes verständigte, damit sie vor Eintreffen der Gendarmerie alles belastende Material und die Ausrüstungsgegenstände beiseite schaffen konnten. Nach Abschluss des Strafverfahrens wird gegen den Nazispitzel, der seinen Dienst als Beamter hinter sein Parteibuch stellte, das Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung durchgeführt.

SPD. Die Sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags hat beim Staatsgerichtshof gegen den Nazi-Präsidenten Kerrl wegen der Nichtüberufung des Landtags Klage erhoben. Telegraphisch wurde zugleich eine einstweilige Verfügung gefordert, durch die Nazi-Kerrl gezwungen werden soll, entsprechend dem schrift- und formgerechten Antrag von mehr als einem Fünftel der Mitglieder des Landtages den Landtag in der nächsten Woche zusammenzuberufen.

SPD. München, 13. Aug. (Eig. Drahtb.)

Als Brandstifter und Bombenwerfer, die in der Nacht vom 3. auf den 4. August in München u.a. auch das Sozialistische Jugendheim anzündeten, wurden von der Polizei neuerdings 7 SA-Leute verhaftet und dem Gericht zugeführt. Insgesamt sitzen nunmehr 13 "aufbauwillige Kräfte" Papens wegen jener verbrecherischer Schandtaten in München hinter Schloss und Riegel.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonnabend Nachmittag in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP Adolf Hitler zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage einer Umbildung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten.

Hitler verneinte dies und stellte an den Herrn Reichspräsidenten die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, dass er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschliesslich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, dass Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloss alsdann mit einer ernststen Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angekündigte Opposition der NSDAP ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewusst zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten hatte im Laufe des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Herrn Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erboten, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und fachlichen Ministerien zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluss auf die Staatsführung einzuräumen.

SPD. Wien, 13. Aug. (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend-Abend wurde in Wien der 53 jährige deutsche Staatsangehörige Michael Karl verhaftet. Karl hatte in Oesterreich in einer Druckerei reichsdeutsche staatliche Unfallversicherungsmarken im Werte von 1 Million Mark fälschen lassen. In der Wohnung des Fälschers wurde eine ungeheure Zahl von Mitgliedskarten der Nationalsozialistischen Partei gefunden. Er hatte in Wien angegeben, dass er als Mitglied der Nationalsozialistischen Partei Deutschlands beauftragt sei, seine Parteigenossen gegen Unfälle im politischen Kampf zu versichern und dass er dazu die Marken benötige.

Wie der Wiener Polizei gemeldet wird, wurden zwei Komplizen des nationalsozialistischen Markenfälschers, der 27jährige Kaufmann Max Thurner und der Kaufmann Otto Wiener in Augsburg ebenfalls verhaftet. Durch die Fälschungen des Nationalsozialisten wurde dem deutschen Reich ein Schaden von etwa 1 Million Mark zugefügt.

SPD. Dresden, 13. Aug. (Eig. Drahtb.)

Der russische Kaufmann Michael Uralzeff, der im vorigen Jahr vom Dresdener Schöffengericht wegen Betruges und Urkundenfälschung zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, hat jetzt seine Strafe antreten müssen. Uralzeff hat seinerzeit aus der Untersuchungshaft entlassen und von der Haft

verschont werden müssen, weil er an Magengeschwüren litt. Inzwischen ist er nochmals untersucht und für haftfähig erklärt worden. Man hat ihn nach der Gefängnisanstalt Bautzen gebracht. Uralzeff war der Kronzeuge der deutschen nationalen Direktoren der zusammengebrochenen Raiffeisenbank.

SPD. Paris, 13. Aug. (Eig. Drahtb.)

Eine Gruppe französischer Petroleumindustrieller hat mit dem russischen Naphta-Syndikat ein grosses Lieferungsabkommen für 5 Jahre abgeschlossen. Danach soll das Syndikat jährlich durchschnittlich 400 000 Tonnen Schweröl an Frankreich liefern. Allerdings kann dieser Betrag um 30 % erhöht oder vermindert werden. Bisher hat Russland nur Benzin nach Frankreich geliefert.

(Schluss des politischen Teils.- Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

Aus aller Welt

Die künstlichen Neger.

Neu-Afrika liegt bei Berlin - Karl May in der Uckermark - Ferien mit Romantik.

SPD. Aus dem Wäldchen bricht eine Horde von halbnackten tobenden Wilden mit geschwungenen Speeren, Schilden und Messern, stürzt unter "Uahuhua"-Geschrei auf den harmlosen Wanderer und schleift ihn im Triumph ins Negerdorf. Dort wird er an den Marterpfahl gebunden, die Wilden führen einen wüsten Freudentanz um ihn auf und bedrohen ihn mit Beilen und Dolchen. Dann tritt der Medizinmann hinzu, befühlt das Fleisch des Opfers, und der Häuptling gibt den Befehl, das Mittagessen zu kochen. Der Aermste wird in einen riesigen Kupferkessel gesteckt, Reisig wird zusammengetragen, um ein recht schönes Feuer anzünden zu können - und kurz ehe das Opfer vor Angst stirbt, tritt der Häuptling vor den Kessel, begnadigt feierlich den Ueberfallenen, hilft ihm heraus und sagt wohlwollend: "So, jetzt werden wir dir Neu-Afrika zeigen!" Und auf den Tellern erscheint statt Wochenendler-Haxe Eisbein mit Sauerkohl...

Hundstagslegenden? Hitzschlagphantasien? Keineswegs. Dieses schaurige Abenteuer kann jedem Spaziergänger passieren, der sich in der Gegend von Ahrensdorf in der Uckermark verirrt. Ein Schild über einem Gartentor nennt den Namen der merkwürdigen Siedlung, die im Umkreis von hundert Kilometern von Berlin zu finden ist: "Neu-Afrika". Wie ist sie entstanden? Ein märkischer Bauer, Robert Preussner, lernt während seiner Militärdienstzeit bei der Schutztruppe in Südwestafrika Land und Leute unterhalb des Aequators kennen. Ein paar Koffer voll von kunstgewerblichen Gegenständen, Waffen und Jagdtrophäen bringt er aus Afrika mit nachhause.

Als kleiner Landwirt, der mit seinen täglichen Sorgen zu kämpfen hat, vergisst Robert Preussner seine exotischen Schätze. Die Inflation bringt ihn um seine Spargroschen, die Krise bedroht seine bäuerliche Existenz. Da erinnert er sich an seine Koffer und kommt auf die Idee: man muss eine Erholungskolonie für Grosstädter aufmachen. Aber auf eine Art, die den Berliner hundert Kilometer nach Norden, nach Ahrensdorf lockt. Eines Frühjahrs werden die Felder nicht mehr bestellt, die Aecker und Gärten werden umgegraben und nivelliert. Robert Preussner beginnt zu bauen und zu zimmern, zu planen und zu basteln. 130 Morgen Land erhalten ein völlig neues Gesicht. Sieben Jahre lang dauert die restlose Durchführung des Planes. Jetzt ist "Neu-Afrika" fix und fertig. Es ist - ein Negerdorf.

Robert Preussner hat sich nicht verrechnet. Seine Kolonie hat Hochkonjunktur. Sechzig "Neger" bevölkern in diesem Sommer das Dorf - Neger in Gänsefüßchen. Es sind waschechte Berliner, fast alle aus Berlin N., O. und NO. Sie haben Bürojacke und Montörkittel, Stehkragen und Schnürstiefel ausgezogen und sich einer Verwandlung hingegeben, wie man sie von den nüchternen Bewohnern der Spreeufer niemals erwartet hätte. Sie sind Neger geworden.

Wie geht diese Verzauberung vor sich? Wer heute Abend müde und abgekämpft aus dem Bummelzug nach Ahrensdorf steigt, bindet sich morgen früh eine Schilfrohrschrürze vor den Magen, hängt sich Glasperlen um den Hals, versucht in der Sonne eine afrikamässige Hautfarbe zu erhalten und tobt mit unartikuliertem Gebrüll durch den Wald. Es sind nicht nur junge Menschen,

sondern auch viele ältere, Männer mit weissen Schnauzbärten und Frauen mit grauen Haaren.

Das Wunder geschieht täglich - und der Hexenmeister, der es vollbringt, ist Robert Preussner. Womit? Mit dreissig waschechten Negerhütten aus Schilfrohr, äusserlich nicht von exotischen Behausungen zu unterscheiden, innen allerdings mit den Errungenschaften der Zivilisation, Messingbetten und Petroleumfunzeln, ausgestattet. Das Haus des Häuptlings - dieses Amt wird dem jeweils dicksten Einwohner des Negerdorfs übertragen - steht in der Mitte, daneben der Kral des Medizinmannes, kenntlich an einem über dem Eingang angebrachten Paar Pferdekinnbacken. Echte afrikanische Matten und Verzierungen, kunstgewerbliche Gegenstände und Waffen sind überall zu sehen; die fehlenden Palmen sind aus grüngestrichenen Pappdeckelblättern und Sperrholz konstruiert worden. Und in diesem Milieu geht ein Urlaubs-Karneval vor sich, der nicht seinesgleichen hat. Einmal im Jahr wollen sich diese "weissen Neger" vom Zwang der Ernsthaftigkeit befreien. Selbst die hohe Obrigkeit kann ihren Willen nicht durchsetzen. Da liegt das "Goldene Buch von Neu-Afrika", die amtliche Eintragungsliste für die Ankömmlinge. Kaum ein Neu-Afrikaner bringt es fertig, seine Personalien in gehörigem Amtsdeutsch niederzuschreiben; zumindest die Spalte, die den "Zweck des Aufenthalts" anzeigen soll, wimmelt von Verstössen gegen die Meldepflicht: da heisst es "Erforschung von Afrika", "Langeweile" oder "Charaktererkältung" - sodass sich der geplagte Landjägermeister gezwungen sah, die Uebermütigen mit dem nicht gerade einwandfreien Satz zu warnen: "Sollten weitere Verstösse gegen die Eintragungen erfolgen, so wird gegen die Betreffenden eingeschritten werden."

Es hat nicht viel geholfen. Die Sehnsucht nach Romantik, nirgends so stark wie in der unromantischen Grosstadt, hat in "Neu-Afrika" ihr Ventil gefunden. Hier ist sie Lebenszweck und Erholungsmittel, hier wird sie ein paar Wochen lang mit aller Kraft gezüchtet. Wer will es den "künstlichen Negern" von Ahrensdorf übelnehmen? Es ist ein Stück Zeitgeschichte, das sich hier auf si merkwürdige und groteske Art offenbart.

Ela.

+ + +

Olympia-Sieg errudert! Die Deutschen haben auf der Olympiade wieder eine Gold-Medaille gewonnen: der "Vierer" vom Berliner Ruderklub besiegte in einem aufregenden Rennen mit 25 cm Vorsprung in der Zeit von 7:19 seine italienische Konkurrenz. Ebenso schlugen die deutschen Wasserballer ihre japanischen Partner mit 10:0. Bei den Brustschwimmern erkämpfte sich Sietas-Hamburg einen Platz für den Endkampf, während der deutsche Rückenschwimmer Küppers hinter drei Japanern und einem Amerikaner nur Fünfter wurde. Die deutschen Boxer Campe-Brandenburg, Ziglarski-München und Schleinhofer-München haben sich ebenfalls bis ins Finale geschlagen. Die drei bekommen je eine silberne Medaille und gelten als Europameister ihrer Klasse. Unter den Pistolenschützen ragte der Berliner Reichswehr-Oberleutnant Hax hervor, der dicht hinter dem Italiener Morigi unter 18 Konkurrenten den zweiten Platz belegte.

+ + +

Schienezzepps Ankunft. In den Görlitzer Werkstätten der Reichsbahn wurde der erste für den fahrplanmässigen Bahnverkehr berechnete Schienezzeppelin fertiggestellt. In Friedrichshagen bei Berlin werden nun die Motoren eingebaut. Bevor der Wagen auf der Strecke Hamburg-Berlin in den Probe- und Fahrplanverkehr eingesetzt wird, erfolgen von Görlitz aus noch mehrere Werkstättenfahrten.

Auf der Strecke Berlin-Hamburg wurden im Laufe des Sommers jeweils Vor- und Hauptsignale auf den für den neuen Schnellwagen erforderlichen Abstand von 1200 Meter gebracht. Dieser Signalabstand ist auch notwendig für die auf dieser Strecke verkehrenden FD-Züge, die jetzt eine stündliche Durchschnittsgeschwindigkeit von 120 Kilometern erreichen. Der Schienezzeppelin wird es bis auf 150 Stundenkilometer bringen.

+ + +

50 000 Mark-Gewinn. In der preussisch-süddeutschen Klassenlotterie wurden auf das Los Nr. 240 667 50 000 Mark gewonnen, das Los wird in Achtern in Westfalen und Baden gespielt.

+ + +
Begreifliche Sorge. In Pasewalk (Pommern) sind zahlreiche Kinder an spinaler Kinderlähmung erkrankt. Viele Eltern halten ihre Kinder vom Schulbesuch zurück. Die Elternschaft fordert aus begreiflicher Furcht vor Ansteckung, die Schulen überhaupt zu schliessen. Diese Forderung ist bisher von den Behörden abgelehnt worden, da nach dem Urteil der Aerzte eine Ansteckungsgefahr nicht mehr bestehe. Die Eltern wollen sich nunmehr mit ihrem Ersuchen an den Regierungspräsidenten wenden.

+ + +
Neuer Fingerhut-Prozess. Die Berufung der Staatsanwaltschaft des Schöffengerichts Wuppertal-Elberfeld gegen den Freispruch des Fabrikanten Heinrich Fingerhut soll durchgeführt werden. Fingerhut war im Jahre 1924 "wegen erwiesener Hehlerei" zum Schaden der Firma Krupp-Essen zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt worden, konnte jedoch - nachdem er den grössten Teil seiner Strafe abgüsst hatte - in einem Wiederaufnahmeverfahren seine Unschuld nachweisen. Fingerhut, der vor seiner Verurteilung Generaldirektor der Fingerhutwerke in Wuppertal-Vohwinkel war, hat jetzt vom Staate eine Millionenentschädigung verlangt. Ueber die Schadenersatzfrage wird erst entschieden werden, wenn der von der Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch geforderte Berufungsprozess durchgeführt ist.

+ + +
28 000 Meter hoch! Zwei aneinanderghängte unbemannte Höhenballons von je 2 Meter Durchmesser, die der bekannte Stuttgarter Physiker Professor Regener starten liess, erreichten die geradezu sagenhafte Höhe von 28 000 Metern. Bei der Landung der Ballons waren die in einer Messgondel mit in die Höhe geschickten Instrumente und Messplatten unversehrt. Es kann entgegen allen bisherigen Annahmen bereits als erwiesen gelten, dass in Höhen über 12 000 Meter die Intensität der Höhenstrahlung merklich nachlässt. Die Temperaturen im Innern der Messgondel konnten auf etwa + 30 Grad gehalten werden. Die beiden Stratosphärenballons waren in Anbetracht der natürlichen Ausdehnung aus einem besonders reissfesten Gummi hergestellt worden.

+ + +
Mörder seines Kindes? Die 19 Jahre alte Liselotte Michalski aus Berlin-Pankow wurde in ihrer elterlichen Wohnung ermordet aufgefunden: dem jungen Mädchen ist mit einem Rasiermesser die Kehle durchschnitten worden. Der Tatverdächtig ist der aus Berlin geflüchtete 51 Jahre alte Vater der Ermordeten. Es steht fest, dass er seit längerer Zeit in unerlaubten Beziehungen zu seiner Tochter stand.

Als die Mutter und der Bruder der Toten von dem Mord erfuhren, erlitten sie Tobsuchtsanfälle.

+ + +
Die "Niobe"-Abschleppung. Das im Femarn-Belt gesunkene Schulschiff "Niobe" kann wegen seines schweren Gewichtes nur unter Wasser abgeschleppt werden. Etwa zwei Seemeilen weit wurde das Wrack bereits abtransportiert. Dann wurde es wieder auf Grund gesetzt. Der Schiffskörper ist jetzt von der gesamten Takelage befreit.

+ + +
Geschwindigkeits-Weltrekord. Der französische Pilot Haegelen erreichte bei einem 2 000 Kilometer-Flug eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 263 Stundenkilometern.

Japan in schwerer Krise.

Der mandschurische Feldzug rächt sich.

SPD. Wenn im Augenblick die Kriegsgefahr im Fernen Osten nicht mehr ganz so aktuell ist wie noch vor einigen Monaten, so liegt das wahrhaftig nicht an der beginnenden Einsicht der japanischen Militaristen. Der "Schwarze Drache" liegt noch immer auf der Lauer, die japanischen Kriegstreiber sind noch keine Pazifisten geworden. Aber ihre Rückhaltung hat gute Gründe.

Am 1. Juni ist in Tokio der neue Reichstag zusammgetreten. Die Minister versicherten, Japan werde nicht um Handbreite zurückweichen und wenn es gelte, die Ehre des Kaisers zu schützen, werde die ganze Nation wie ein Mann usw. usw. Dann aber kam der Finanzminister Takahaschi zu Wort. Er führte die Debatte aus den Höhen nationaler Begeisterung und glanzvoller Ausblicke auf das grössere Japan in die nüchternen Regionen des Budgets zurück. Die innere Verschuldung, so stellte er fest, hat die runde Summe von 5 Milliarden Yen (Yenparität ungefähr 2 Mark) erreicht. Allein im November 1931 bis Mai 1932 hat sie um fast 300 Millionen zugenommen. Der Etat 1932/33 ist nur auszugleichen - nachdem an äussere Anleihen nicht zu denken ist - wenn innere Anleihen mindestens 530 Millionen Yen einbringen; jetzt fehlen noch 250 Millionen, um die Ausgaben der Mandchurei zu decken. Dabei müssen im laufenden Jahr 300 Millionen Yen in fremden Devisen für den auswärtigen Anleihendienst aufgebracht werden. Die Gläubiger, die wenig Verständnis von Japans Kulturmission gegenüber China haben, haben einer Prolongation der Schulden nicht zugestimmt, sondern bestanden auf Zinsenzahlungen. Es war viel Wasser, das der japanische Finanzminister in den Wein der japanischen Nationalisten schütten musste.

Dabei windet sich Japan in einer Wirtschaftskrise von schlecht vorstellbaren Ausmassen. Die Mandchurei hatte eine kleine Konjunktur für die Metall- und die chemische Industrie gebracht. Die schlechte Lage der Finanzen führt dazu, dass diese Sonderkonjunktur von der übrigen Wirtschaft mit einer weiteren Schrumpfung bezahlt wurde. Der Aussenhandel geht weiter zurück; in den ersten 6 Monaten 1932 war die Handelsbilanz mit 183 Millionen Yen passiv, dazu kommt die Einnahmeverkürzung aus der Schifffahrt und im ausländischen Versicherungsgeschäft Japans. Die Chinesen führen den Warenboykott gegen Japan unvermindert fort. Alle Kanonen und Maschinengewehre der Mekadoarmeen können die Chinesen nicht zwingen, japanische Zündhölzer, Hosenträger, japanisches Bier und japanische Hemden zu kaufen. Amerika kauft immer weniger von Japans wichtigstem Exportartikel, der Rohseide. Die Vorräte wachsen immer stärker. Dabei haben die Seidenpreise im letzten halben Jahr einen neuen beispiellosen Sturz erlebt; vom Dezember 1931 bis zum Mai dieses Jahres ist der Preis für ein englisches Pfund (rund 450 Gramm) Rohseide von 2,20 auf 1,35 Dollar gesunken.

Auch Japan hat ein Kabinett, das alle "aufbauwilligen Kräfte der Nation" konzentriert hat. Aber dieses Kabinett ist handlungsunfähig. Die eine Gruppe der Minister ist für, die andere Gruppe ist gegen weitere Entwertung des Yen. Noch bis zum Dezember v. Js. wurde die Yenparität mit aller Gewalt zu hal-

ten versucht. Von September bis Dezember 1931 hatte sich aber der Goldschatz der japanischen Reichsbank von 817 auf 469 Millionen Yen verringert. Am 13. Dezember wurde die Goldausfuhr gesperrt; der Yen begann rasch zu sinken. Im Januar 1932 lag er um 27, im März um 35, im Juni um 39 Prozent unter der Parität und jetzt, Anfang August, gilt er nur noch die Hälfte von dem, was er vor dreiviertel Jahren wert war.

Die Inflationisten möchten mit dem Versprechen, dass die Ausfuhr gesteigert werden könne, eine weitere Geldentwertung. Aber jetzt schon erhöhen die Hauptkäufer Japans ihre Zölle. Das wird in dem Masse weiter geschehen, indem der sinkende Yenkurs den Dumpingexport fördert. Vorläufig steigen nur die Preise im eigenen Lande, die Löhne und Gehälter sinken, die Kaufkraft der Massen verfällt weiter - und das alles trägt nicht zur Erhöhung der Kriegsbegeisterung bei.

Freilich verfolgen die Inflationisten auch innerpolitische Zwecke. Wenn schon die Industriearbeiterschaft durch die Not antinationalistisch ist, möchte man wenigstens die Bauern bei gutem Mut halten. Man übertreibt nämlich nicht, wenn man die Lage der japanischen Bauernschaft als entsetzlich bezeichnet. Schon bei guter Ernte darbt die grosse Mehrheit, die in Zwergbetrieben auf gepachtetem Boden wirtschaftet, wobei der Pachtzins in der Regel den Wert der halben Ernte ausmacht. Dazu hatte Japan zuletzt noch eine sehr schlechte Ernte. Gleichzeitig haben die Agrarproduktpreise auch dort einen nie gekannten Tiefstand erreicht. Um die gleichen Einnahmen zu erzielen, muss der Bauer von seiner knappen Ernte unverhältnismässig viel mehr verkaufen als früher, d.h. er hungert. Die Rekrutierungskommissionen melden, dass die jungen Bauern körperlich den Anforderungen des Militärdienstes immer weniger entsprechen, die Zahl der Untauglichen ist stark gestiegen. Man verstehe, dass unter solchen Verhältnissen die Verschuldung der Bauernschaft enorm gewachsen ist, und diese Verschuldung ist gegenüber den Privaten erfolgt, denn den kleinen Bauern, den Pachtbauern, gewährt keine Bank Kredite. Der Wucher blüht wie nie zuvor. 20 Prozent Jahreszinsen gelten als mässig; 40 Prozent sind nicht selten.

So macht man auch in Japan die interessante Beobachtung, wie der menschliche Wille im Zaum gehalten wird durch wirtschaftliche Tatsachen und Notwendigkeiten, wie die Kriegslust und die Kriegsbegeisterung der "aufbauwilligen Kräfte der Nation" im Zügel gehalten werden durch die ökonomische Entwicklung des Landes. Es ist wirklich kein Zufall, dass es in der Mandschurei jetzt etwas ruhiger geworden ist. Es ist aber sicher, dass unter den jetzigen Verhältnissen ein wirklich grosser Krieg, wie der Krieg gegen die Sowjet-Union, von dem so viel die Rede war, Japan in Kürze ruinieren müsste.

SPD. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten meldet für Juli eine leichte Besserung der Lage der Maschinenindustrie. Obwohl die Inlandsaufträge auf der ganzen Linie ungenügend blieben, ergab sich in einigen Zweigen eine leichte Belebung der Auftragserteilung. Der Eingang von Auslandsaufträgen erhöhte sich infolge neuer Russland-Abschlüsse. Auch die durchschnittliche Arbeitszeit hat sich während des Monats Juli um etwa eine halbe Stunde erhöht.

SPD. Der Grosshandelsindex ist in der Woche zum 10. August weiter um 0,2 auf 95,8 Prozent zurückgegangen.

Gedrosseltes Angebot - bessere Preise.

(Berliner Getreidebörse vom 13. August)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Sonnabend die Stimmung wieder erheblich fester. Insbesondere konnte Weizen merkliche Preisgewinne erzielen. Es war das Gerücht verbreitet, dass die Regierung wieder eine grössere Stützungsaktion für die Weizenpreise beabsichtige. Dazu kam das geringere Inlandsangebot, das auf die starken Preisrückgänge der letzten Tage zurückzuführen ist. Da endlich auch die Mühlen stärkeren Bedarf anmeldeten, musste die Lokonotiz für Weizen um eine Mark heraufgesetzt werden, während am Markte der Zeitgeschäfte Preisgewinne von 2 bzw. 3 Mark erzielt wurden. Für Roggen war die Stimmung ruhiger. Das Angebot war auch hierin ziemlich klein, jedoch hielt sich auch die Kauflust für Roggen in Grenzen. Gleichwohl konnte auch er seinen Preisstand am Lokomarkt wie am Markte der Zeitgeschäfte um eine Mark verbessern. Am Mehlmarkt blieb das Geschäft schleppend. Weizenmehl fand kaum Käufer. Insbesondere waren Verkäufe zur Herbstlieferung nicht durchzusetzen, dagegen konnte Roggenmehl bei laufendem Konsumgeschäft seinen Preisstand gut behaupten. Für Hafer ist die Stimmung stetiger geworden, da das Angebot sich auch hier vermindert hat.

	12.8.	13.8.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	207 - 209	208 - 210
Roggen	158 - 160	159 - 161
Futter- und Industrieroggen	158 - 169	158 - 168
Hafer	-	135 - 144
Weizenmehl	28,00-32,00	28,00-32,00
Roggenmehl	22,25-24,40	22,25-24,40
Weizenkleie	11,25-11,50	11,10-11,40
Roggenkleie	9,60- 9,80	9,50- 9,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 223½ (221½), Oktober 224½ (221½), Dezember 225 (222). Roggen September 172½ (171½), Oktober 174½ (173½), Dezember 175½ (174½). Hafer September - (142½), Oktober 144 (-), Dezember - (-).

SPD. Der Reichspräsident hat eine Verordnung unterzeichnet, die für die Herbstbestellung eine Wiederholung der Düngemittelaktion vom Frühjahr vorsieht. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, gegenüber den Düngemittellieferanten eine Bürgschaft bis zum Betrage von 14,2 Millionen Mark zu übernehmen, was durch eine entsprechende Mitteilung gegenüber den Düngemittel-Syndikaten bereits geschehen ist. Die Bedingungen für die Inanspruchnahme der Bürgschaft sind dieselben wie im Frühjahr.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 13. August. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 103, II. Qualität 93, abfallende Sorten 86 RM je 50 kg. Tendenz: ruhig.

Gewerkschaftliche Rundschau ✂

Die Masken fallen.

SPD. Kaum hatte der Herrenklub Brüning gestürzt und das "Präsidenten-kabinett unter Ausschaltung des Reichstages errichtet, da kam auch schon die Kampfansage gegen den "Wohlfahrtsstaat". Die Regierung der Hitlerbarone konnte aber zunächst noch nicht, wie sie wollte. Sie musste auf die Wahlen Hitlers Rücksicht nehmen, und die Auftraggeber der Barone und der Braunen Häuser mussten sich zunächst mit der Notverordnung gegen die Arbeitslosen und die Sozialrentner zufrieden geben. Nun sind aber die Wahlen vorüber, und das politische Vorfeld ist einigermaßen gesäubert. Zwar noch nicht ganz - die Regierungsumbildung macht, wie man sieht, sehr grosse Schwierigkeiten - aber die Herren des Herrenklubs und der SA-Proleten werden ungeduldig. Sie wollen nicht länger warten und enthüllen daher mit erfreulicher Offenheit, was der neue Kurs für die Arbeiter bedeutet.

Das von der Schwerindustrie ausgehaltene Sprachrohr des Herrenklubs und Propagandaorgan Hitlers, die "Deutsche Allgemeine Zeitung", stellt jetzt die Frage: "Vom Sozialismus zum - Sozialismus?" Mit einem Zynismus ohne gleichen werden von dem schwerindustriellen Organ die von der Arbeiterklasse seit 1918 mit Hilfe der Demokratie errungenen sozialen Selbstverständlichkeiten als "Sozialismus" bezeichnet. Die Schicksalsfrage des deutschen Volkes, so sagt das schwerindustrielle Organ, laute, ob wir uns zu einem "freiwirtschaftlichen Lande zurückentwickeln", oder "ob der Sozialismus mit politisch anderem Vorzeichen einen neuen Siegeszug anzutreten berufen ist." Mit brutaler Offenheit wird jetzt von dem Propagandaorgan Hitlers den gläubigen Hitlerwählern gesagt: Internationaler oder deutscher Sozialismus - ganz egal, das ist für die Herren der Industrie Jacke wie Hose. Sozialismus ist für sie eine Irrlehre und zwar jede Spielart von Sozialismus. Die Herren des Herrenklubs schieben den "gefährlichen Prinzipienmischmasch", den sich Hitler für die Propaganda zurecht gemacht hatte, jetzt mit einer Handbewegung beiseite. Sie wollen völlige Ellenbogenfreiheit, nicht einmal eine Scheinbindung, die unter Umständen vom Nationalsozialismus her drohen könnte. Die alte freche Lüge, dass der Sozialismus schuld an allem Elend sei, dass die Gewerkschaftspolitik verantwortlich sei für alle Bankrotte, Betriebsstillegungen und Arbeitslosenziffern wird von neuem in neuer Form vorgetragen. Eine neue Dolchstoßlegende wird erfunden, die Legende vom Dolchstoß der Gewerkschaften gegen die Wirtschaft.

"Freie Bahn dem Unternehmer" - so schliesst die Kampfansage der Schwerindustrie in der DAZ; denn - so wird mit erstaunlicher Unverfrorenheit verkündet, "es gibt nichts, was die wirtschaftlichen Lehren unserer Grossväter und Urgrossväter zu erschüttern geeignet wäre."

So verstehen die Herren ihre Zeit, so verstehen sie das Ende des Wohlfahrtsstaates. Zurück zu den Löhnen der Urgrossväter, zurück in das Jahr 1832! Fort mit der Sozialversicherung, fort mit dem Tarif- und Arbeitsrecht, fort mit der Arbeitslosenversicherung, fort mit den "hohen Löhnen und dem Ueberkonsum", fort mit den Steuern und allen "Unkostenfaktoren".

Die Herren wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Wir raten ihnen

zu Vorsicht. Vielleicht war Hitler doch ein Prophet. Vielleicht wird doch alles anders - allerdings anders anders, als Hitler und seine Geldgeber sich träumen liessen.

SPD. Auf dem Kongress der Transportarbeiterinternationale in Prag wurde mit den Kommunisten scharf abgerechnet. Gelegenheit dazu gab der Antrag des englischen Eisenbahnverbandes, der verlangte, die russischen Eisenbahnerorganisationen zum Beitritt zur ITF einzuladen. Der Redner der Engländer setzte sich mit grossem Nachdruck für diesen Antrag ein, fand aber bei der grossen Mehrheit keine Unterstützung. Aus allen Ländern der deutschsprachigen Gruppe, aus Skandinavien, Frankreich, ja selbst aus Argentinien berichteten die Redner, dass die Kommunisten sich dort als die ärgsten Feinde der Gewerkschaften betätigen. Ueberall sind legale Versuche zur Zusammenarbeit gemacht worden, so in der Schweiz durch die Internationale der Lebensmittelarbeiter, in Skandinavien durch die Transportarbeiter und andere, überall sind diese legalen Bemühungen durch Zellenbau und Bekämpfung der Gewerkschaften sabotiert worden. Der Generalsekretär Fimmen konnte darauf hinweisen, dass die einzige bisher von den Russen errichtete Berufsinternationale sich ausgerechnet gegen die ITF richte. Nach den Stockholmer Beschlüssen der ITF stehe es den Organisationen allen Ländern frei, sich bei der ITF anzumelden, eine besondere Einladung an die Russen sei überflüssig und beschämend.

Der Antrag der englischen Organisationen wurde nur von den tschechischen Kraftfahrern unterstützt, während alle übrigen tschechischen Verbände ihn kategorisch ablehnten. In der Abstimmung waren nur 9 Stimmen für den Antrag, der damit fast einmütig abgelehnt war.

Der Antrag der Engländer auf Entsendung einer Studienkommission der ITF nach Sowjetrussland wurde nach längerer Diskussion, an der sich Hermann für die deutschen Eisenbahner und Reissner für den Gesamtverband beteiligten, in Abstimmung nach Mitgliederzahlen mit 1 306 581 gegen 703 049 Stimmen, bei 71 622 Stimmenthaltungen abgelehnt.

SPD. Der belgische Bergarbeiterstreik ist eine Folge unerhörten Lohndrucks - sagt die Presse der deutschen Schwerindustrie. So schreibt die "Kölnische Zeitung" zu den soeben in Köln stattgefundenen Besprechungen über Deutschlands Kohlenliegerungen nach Belgien:

"Die Dinge liegen doch so: die Schwierigkeit, die Belgien zur Einleitung dieser Aktion veranlasst hat, liegt darin, dass sich jetzt allmählich die Folgen einer von Grund auf verfehlten Preispolitik für Kohlen zeigen, wie sie in Belgien jahrelang betrieben worden ist. Zu einer Zeit, da der Sturz des englischen Pfunds die Preise für englische Kohlen auf einen noch nie erlebten Stand hatte zurückgehen lassen, haben die Belgier es fertiggebracht, selbst diese Preise noch zu unterbieten. Das war nur auf Kosten der Löhne möglich. In der Tat sind denn auch die Löhne der belgischen Kohlenarbeiter derart gedrückt worden, dass der Streik, der in den letzten Wochen das Land bis ins innerste durchgeschüttelt hat, dem Kenner der Verhältnisse als der einzig mögliche "Erfolg" der belgischen Kohlenpreispolitik erscheinen musste."
